

Geht Schwarz-Grün

Ist die Grüne Jugend bereit für Schwarz-Grün?

Auf die Plätze, fertig, los! Anschlappen und festhalten, das Kooperationsgeschacher kann losgehen. Ja, es ist verrückt, aber auch auf kommunaler Ebene, dort, wo Entscheidungen ja eigentlich immer pragmatisch, im größtmöglichen Konsens gefällt werden, kommt man um die Frage nach der Machtperspektive, also die mit welchem Partner man am besten in der Regierung agiert, nicht drum herum. Ein landesweiter Vergleich aller Kommunen auf einer DIN A4 Seite scheint hier unmöglich, doch können zumindest einige der im kommunalpolitischen Leitartikel beschlossenen Thesen auf ihre Kooperationsfähigkeit mit wem auch immer geprüft werden.

Wir und die anderen

Wenn man sich die politische Landschaft NRW ansieht, muss man davon ausgehen, dass nach der Kommunalwahl in den Stadträten mindestens fünf Parteien sitzen werden und das sind neben den GRÜNEN, SPD und CDU auch FDP und LINKE. Im ländlichen Raum ist die CDU recht unangefochten stark, in den Städten fügte die letzte Kommunalwahl den früher so starken Sozialdemokraten empfindliche Niederlagen zu - und es deutet wenig darauf hin, dass die SPD sich davon erholen wird. Wo auch immer Zweierbündnisse zustande kommen, müssen sie vermutlich mit dünner Mehrheit schalten und walten.

Junggrüne Forderungen

Vielen Grünen Jugendlichen ist es in ihren Kreisverbänden gelungen sowohl inhaltlich und als auch personell die Altpartei stark zu beeinflussen. Hierbei wird sich der Wahlkampf auf starke Zeichen gegen Rechtsextremismus, eine menschenfreundliche Integrationspolitik des Miteinanders und vernünftige Jugendpolitik konzentrieren. Konkret bedeutet das im Falle der Politik gegen Rechtsextremismus Geld und Unterstützung für antifaschistisches Engagement. In der Integrationspolitik sollen laut Leitartikel vor allem „kostenfreie, geschlechts- und altersspezifische Integrationskurse“ angeboten werden. Außerdem sollen Sans Papiers, also sich illegal in Deutschland aufhaltende, am Bildungs- und Gesundheitssystem teilhaben. Jugendpolitisch wird u. a. wenn nicht Unterstützung zumindest die Nicht-Behinderung autonomer Zentren gefordert. Außerdem möchte man den öffentlichen Raum für Jugendliche erhalten.

Der Traum von wechselnden Mehrheiten

Die Forderungen der Grünen Jugend klingen soweit richtig und realistisch. Doch ist eine Realisierung wirklich möglich? Utopisch scheint da die demokratische Vision von sachlich argumentierenden Stadtratsmitgliedern, die an keinen parteipolitischen Klüngel oder Beraterverträge gebunden sind - also der Traum von wechselnden Mehrheiten. Realistischerweise müssen kleine Parteien, wie die Grünen es zu allermeist sind, Kooperationen eingehen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.

Wir haben keinen Partner

Die Wurschpartnerin SPD ist jedoch im eigentlichen Sinne keine Wurschpartnerin, sondern Vereinnahmende. Sie sieht in den Grünen untreu gewordene Kinder, die aber letztlich doch auf sie angewiesen sind, wenn es um die Verwirklichung politischer Ziele geht. Dazu kommt, dass die Sozialdemokraten in den Städten NRW häufig seit dem Kriegsende an der Macht sind und sich in dieser Zeit bis zur Unkenntlichkeit ruiniert haben. Im Ruhrgebiet heißt es deshalb bisweilen anerkennend, dass die CDU sozialistischer sei als die SPD. Aber Achtung: Zwar ist die CDU in vielerlei Hinsicht pragmatischer geworden, in Duisburg wurde mit den Christdemokraten sogar die Stelle einer Integrationsbeauftragten eingerichtet und in SPD-Hochburgen, wie Mülheim bis Mitte der 90er Jahre eine war, mag es auch durchaus möglich gewesen sein, die Partei rechts der Mitte für eine radikale Entfaltung der Stadtverwaltung zu nutzen. Doch mensch sollte sich nicht vorführen lassen: Der Münsteraner CDU-Kreisverband trieb zum Beispiel das teure Leuchtturmprojekt Musikhalle voran, lässt eine Besetzung nach der nächsten räumen und hat einen BürgerInnenentscheid gegen den Aufbau einer Gesamtschule zu verantworten.

Mittig, rechts

Mit mittig bis rechts ließe sich die Ausrichtung der CDU ganz gut beschreiben. Diese übt sich fleißig in Patriotismus, hin und wieder gesellt sich rechte Stimmungsmache gegen Flüchtlinge dazu - weil es ja mal jemand sagen muss. Die Partei DIE LINKE wird nicht selten mit undemokratischen Parteien wie der NPD gleichgesetzt und wer was gegen Rechtsextreme machen wolle, dürfe auf dem linken Auge nicht blind sein. Zu guter Letzt sei auch noch mal das „christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott“ aus dem CDU-Grundsatzprogramm zitiert.

Was tun?

Bleibt also die Frage, was zu tun ist. Was sich nach Kommunalwahl bei gutem grünen Ergebnis ändern soll, ist klar: eine bessere Jugendarbeit, Akzeptanz ggü. Autonomer Zentren, Erhalt des öffentlichen Raums auch für Jugendliche, bessere Integration auch für („illegale“) Flüchtlinge und wirksame Strategien gegen rechts. Aber wie, wenn die SPD geprägt durch Arbeiter und Großindustrie bei der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums nicht nein sagt, Autonomie Zentrum schon irgendwie schmutzig findet, sich völlig desolat immer verhält als hätte man die absolute Mehrheit und wie im Fall Duisburg durch ihren Rechtsdezernenten erstmals Kirchenasyl bricht. Traurigerweise spricht was gegen die SPD spricht nicht zwangsläufig für CDU, sondern potenzieren sich dort die Probleme eher. Mensch kommt also nicht darum herum, sich den Einzelfall genau zu beurteilen und notfalls in den sauren aber integeren Apfel der Opposition zu beißen.

